

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katrin Kunert, Paul Schäfer (Köln), Frank Spieth, Dr. Gesine Löttsch, Monika Knoche, Petra Pau, Inge Höger-Neuling, Dorothee Menzner, Kersten Naumann, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Posttraumatische Belastungsstörungen von Soldatinnen und Soldaten (Nachfrage zu Bundestagsdrucksache 16/2587)

Aus den Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/2587 ergeben sich weitere Fragen zum Umgang des Bundesministeriums der Verteidigung mit der Erkennung und Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS) von Soldatinnen und Soldaten.

Wir fragen die Bundesregierung

1. Wie genau ist die Versorgung von Soldatinnen und Soldaten mit posttraumatischen Belastungsstörungen in Deutschland organisiert?
2. An welchen Standorten werden die PTBS-Betroffenen behandelt?
3. Nach welchen Kriterien werden die Soldatinnen und Soldaten zur Betreuung auf entsprechende Standorte verteilt?
4. Welchen Stand hat die Implementierung des „Psychosozialen Netzwerkes“ auf Standortebene erreicht, und welche weiteren Maßnahmen sind in welchem Zeitraum geplant?
5. Welches Personal steht derzeit an den jeweiligen Standorten für die Behandlung der von posttraumatischen Belastungsstörungen Betroffenen zur Verfügung (bitte aufgeschlüsselt nach Standort und Qualifikation des Personals)?
6. Ist eine zeitnahe Aufstockung speziell dafür ausgebildeter Psychologen vorgesehen?
7. In welchem Umfang plant die Bundeswehr den Ausbau des bisherigen Schwerpunktes am Bundeswehrkrankenhaus in Hamburg?
8. Wie viele Patienten betreut ein Therapeut der Bundeswehr?
Hat sich dieses Verhältnis Patient – Therapeut in den letzten 10 Jahren verändert?
9. Werden die Betroffenen auch von Ärzten außerhalb der Bundeswehr versorgt?
Wenn ja, in welchen Fällen?

10. Wie erfolgt die Zusammenarbeit mit zivilen Ärzten?
11. Wie hoch sind die jährlichen Kosten der Bundeswehr für die Versorgung von Soldatinnen und Soldaten mit posttraumatischen Belastungsstörungen?
12. Geht das Bundesministerium der Verteidigung von einer steigenden Zahl von Fällen posttraumatischer Belastungsstörungen aus?
Existieren hierzu Prognosen, wie sich die Zahl der Betroffenen in den nächsten Jahren entwickeln wird (wenn ja, bitte die Zahlen benennen)?
13. Gibt es Überlegungen, ein nationales militärisches Zentrum zur Erforschung posttraumatischer Belastungsstörungen einzurichten?
14. Gibt es Studien oder Erkenntnisse über die Dunkelziffer der von posttraumatischen Belastungsstörungen Betroffenen, die sich nicht zur medizinischen Betreuung melden?
15. Wenn nein, hat die Bundesregierung die Absicht eine Studie zu diesem Problemfeld in Auftrag zu geben?
16. Wenn ja, welche Einsatzgebiete sollen im Rahmen solcher Studien berücksichtigt werden?
17. Wie viele Fälle posttraumatischer Belastungsstörungen wurden bislang bei Soldatinnen und Soldaten im laufenden Jahr 2006 registriert?
18. Wie viele ehemalige Soldatinnen und Soldaten, die an Einsätzen teilgenommen haben, haben aufgrund der Anschreiben der Bundeswehr nach Ende der Wehrübung das Betreuungsangebot der Bundeswehr wahrgenommen?
19. Wie viele der wegen posttraumatischer Belastungsstörungen behandelten Soldatinnen und Soldaten wurden seit 2001 anschließend befördert?
20. Wird im Rahmen von Einsatzvorbereitungen – z. B. bei psychologischen Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen – dafür geschultes medizinisches Fachpersonal hinzugezogen?
21. Wenn ja, wie viel medizinisch geschultes Fachpersonal begleitet eine Soldatin bzw. einen Soldaten während der genannten Einsatzvorbereitungen?
22. Was heißt konkret in der Antwort des Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 16/2587 in der Antwort auf Frage 9 „Die Maßnahmen konzentrieren sich vor dem Einsatz auf eine möglichst realitätsnahe Ausbildung“?

Berlin, den 30. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion